

Polarisierung und Populismus – Ursachen und Wirkungen des radikalen Populismus in Österreich und Deutschland

Vortrag im Rahmen der 68. Bitburger Gespräche

Trier, 16. / 17. 01. 2025

Im aktuellen deutschen Wahlkampf wird in Politik und Medien häufig auf Österreich Bezug genommen. Es entsteht der Eindruck, als sei die politische Lage in beiden deutschsprachigen Ländern vergleichbar. Doch inwiefern lassen sich die beiden politischen Systeme tatsächlich miteinander vergleichen?

Zweifelloso gibt es zahlreiche Parallelen zwischen den politischen Systemen Deutschlands und Österreichs. Beide Länder verfügen über eine traditionsreiche Sozialdemokratie sowie eine christlich-soziale bürgerliche Partei, ergänzt durch eine liberale und eine aktive grüne Partei. Die beiden traditionellen Volksparteien haben die politische Landschaft in Deutschland und Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg entscheidend geprägt.

Der wichtigste Unterschied im Parteienspektrum liegt in der starken Präsenz einer rechtspopulistischen Partei in Österreich. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ging aus einer deutschnational geprägten Partei hervor, die von ehemaligen Nationalsozialisten gegründet wurde. Nach einer Phase der innerparteilichen Liberalisierung in den 1970er-Jahren entwickelte sich die FPÖ unter der Führung des jungen und charismatischen *Jörg Haider* zu einer der ersten bedeutenden rechtspopulistischen Parteien Europas.

Der moderne Rechtspopulismus in Österreich brach mit dem vorhergehenden Deutschnationalismus. Statt sich auf deutsche Traditionen und Kultur zu berufen, stellt diese Ideologie das politische System als korrupt dar und propagierte eine Weltanschauung, die die Gesellschaft als Gegensatz zwischen einer üblen Elite und einem homogenen, „wahren Volk“ betrachtet. Diese Ideologie unterstellt, dass alle anderen Parteien Teil des korrupten Systems seien und nur die FPÖ die wahre Vertretung des Volkes darstelle.

Das zentrale Merkmal des radikalen Rechtspopulismus ist somit die Erschaffung eines Weltbildes, das in „böse Eliten“ und das „wahre Volk“ geteilt wird. Beide Kategorien sind bewusst vage definiert. Populisten, ob von rechts oder links, operieren grundsätzlich mit dieser Dichotomie, doch der radikale Rechtspopulismus verbindet sie mit bestimmten Vorstellungen zur nationalen Identität, ethnischer Homogenität, Illiberalität und autoritärer Staatsführung. Diese Ideen fanden sich bereits in den 1990er-Jahren in der Programmatik der FPÖ. Zunächst richtete sich die Partei gegen die heimischen politischen Eliten, dann gegen die EU, als Österreich der Union beitrug.

Ab den 1990er Jahren wurden die Themen Einwanderung, Identität und Anti-EU-Politik zu Eckpfeilern der politischen Agenda der FPÖ. Die Partei war jedoch nicht monolithisch, sondern neigte zu einer gewissen Mäßigung, wenn sie spürte, dass die Konservativen bereit waren, mit ihr eine Koalition einzugehen. In beiden Fällen endeten die Experimente in einem Fiasko und die Regierungen

* *Reinhard Heinisch* ist seit 2009 Professor für Vergleichende Österreichische Politik an der Universität Salzburg. *Heinisch* ist Autor von über 100 Fachpublikationen und 14 Büchern. Seine Forschungsschwerpunkte sind vergleichender Populismus, Euroskeptizismus, Parteien, radikale Rechte und Demokratie (<https://reinhardheinisch.com/>).

wurden vorzeitig beendet. In der Folge radikalisierte sich die FPÖ immer wieder, um Unterstützung zu gewinnen, indem sie sich an ihre Basis und Kernwählerschaft wandte.

Im Gegensatz dazu war das deutsche System lange Zeit weniger anfällig für radikalen Rechtspopulismus. Einerseits verhinderte der starke Föderalismus, dass radikale rechte Parteien den Sprung von der Landes- auf die Bundesebene schafften. Andererseits existierten in Deutschland eine kritische Medienlandschaft und eine engagierte Öffentlichkeit, die mit Massendemonstrationen gegen rechtsradikales Gedankengut vorging – etwas, das in Österreich weniger ausgeprägt ist. Zudem hat Deutschland eine wehrhafte Verfassung mit Institutionen, die die Demokratie aktiv verteidigen. Im Gegensatz dazu ist die österreichische Spielregelverfassung flexibler, da sie zentrale Wertfragen weitgehend der politischen Auseinandersetzung überlässt.

Ein weiterer Unterschied zwischen Deutschland und Österreich im Umgang mit der radikalen Rechten betrifft die sogenannte „Brandmauer“. Während in Deutschland eine strikte Ächtung der Kooperation mit rechtspopulistischen Parteien existiert, war dies in Österreich nie einheitlich der Fall. Nur die Sozialdemokraten haben ein innerparteiliches Verbot der Zusammenarbeit mit der FPÖ auf Bundesebene. Dennoch war die FPÖ bereits dreimal Teil einer österreichischen Bundesregierung und ist in fünf Bundesländern an der Regierung beteiligt, in einem davon stellt sie sogar den Landeshauptmann.

Unter der Kanzlerschaft von *Sebastian Kurz* (2017–2019) übernahm die ÖVP wesentliche Programmpunkte der FPÖ und mobilisierte ihre Wählerschaft verstärkt gegen Migration und den Islam. Dies führte zu einem Bruch mit der bisherigen Parteitradition und zu einer Machtverschiebung innerhalb der ÖVP, bei der die Parteirechte die dominierende Strömung wurde. Diese Entwicklung stärkte letztlich die Positionen der FPÖ. Nach dem politischen Rücktritt von *Kurz* und einer tiefen Krise innerhalb der ÖVP wurde deutlich, dass die ÖVP somit geholfen hatte, die FPÖ zu „normalisieren“. Unzufriedene Wähler wollten im Zweifel lieber den Schmid, also die kantiger auftretende FPÖ, als den *Schmidl*.

Als die FPÖ bei den Nationalratswahlen im September 2024 mit 28,8 % einen beachtlichen Wahlsieg errang, waren die verbleibenden Koalitionsmöglichkeiten jenseits der Freiheitlichen sehr eng geworden. Es ist ein grundsätzliches Problem des Erstarkens radikaler Kräfte, dass die politischen Spielräume für Regierungsbildungen ohne Einbindung der radikalen Rechten immer schwieriger werden. Stattdessen kommt es zu unglücklichen Zwangskoalitionen ideologisch völlig unterschiedlicher Parteien, die kaum Reformen durchsetzen können und mangels Einigkeit und knapper Mehrheiten niemanden glücklich machen und damit nur noch mehr Wähler zu den Radikalen treiben.

Nach der Wahl im September 2024 standen drei Parteien vor der Herausforderung, eine Regierung zu bilden: die konservative ÖVP, eine nach links gerückte SPÖ und eine kleine liberale Partei. Nach wochenlangen Verhandlungen mussten sie jedoch feststellen, dass ihre politischen Schnittmengen nicht ausreichten. Dies führte zum Rücktritt des ÖVP-Parteiführers und zur Aufnahme von Koalitionsgesprächen mit der FPÖ unter *Herbert Kickl*. Zwar erzielten die beiden Parteien in wirtschaftspolitischen Fragen schnell Einigkeit, doch die Diskussionen um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und EU-Politik brachten die Verhandlungen mehrfach an den Rand des Scheiterns.

Wie ähnlich sind sich nun FPÖ und AfD? Die Entwicklung der AfD und der FPÖ ist von wiederkehrenden innerparteilichen Konflikten geprägt. In beiden Fällen haben diese Auseinandersetzungen stets zum Sieg der radikaleren Akteure geführt, was sich bislang nicht negativ auf den Wahlerfolg der Parteien ausgewirkt hat. Die Positionen zu Migration und EU sowie das Ausmaß des Populismus unterscheiden sich kaum. Beide Parteien vertreten innerhalb ihres Parteiensystems die radikalste Haltung. Insgesamt ist die AfD jedoch kulturell etwas weiter rechts positioniert und ökonomisch deutlich marktradikaler als die FPÖ.

Beide Parteien zeigen eine offene Affinität für rechtsautoritäre Regierungen anderer Staaten und weisen klare personelle Überschneidungen mit dem rechtsextremen Milieu auf. Im direkten Vergleich sind diese Verflechtungen innerhalb der AfD jedoch noch stärker ausgeprägt. Die Wählerinnen und Wähler beider Parteien teilen eine im nationalen Vergleich besonders kritische Haltung gegenüber Migration und europäischer Integration, zeigen geringere Bedenken hinsichtlich des

Klimawandels und weisen eine höhere Neigung zum Populismus auf. Im Gegensatz dazu ist die Unzufriedenheit mit der ökonomischen Lage in beiden Wählergruppen nicht signifikant höher als in der übrigen Wählerschaft. Allerdings äußern die Wählerinnen und Wähler der AfD eine deutlich größere Unzufriedenheit mit der Demokratie und einen stärkeren Wunsch nach einer autoritären Führungsfigur.

Die FPÖ orientiert sich zunehmend an der Politik *Viktor Orbáns* in Ungarn und propagiert offen die Vorzüge einer „illiberalen Demokratie“. Diese Form der Demokratie basiert auf einer starken Mehrheitsherrschaft und stellt sich in Gegensatz zur liberalen Demokratie, die durch rechtsstaatliche Begrenzungen und Gewaltenteilung charakterisiert ist. Radikale Rechtspopulisten sehen darin eine „Herrschaft der Eliten“, die das Volk bevormunde.

In Ländern, in denen der Rechtspopulismus an die Macht kommt – sei es in Ungarn, Polen oder den USA – folgt oft ein systematischer Abbau demokratischer Institutionen: Zunächst werden kritische Medien ausgeschaltet, oppositionelle Stimmen unterdrückt und die Justiz politisiert. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Universitäten geraten ins Visier, während politische Kampagnen gezielt gegen Minderheiten oder internationale Institutionen gerichtet werden.

Diese Entwicklung birgt erhebliche Gefahren für die Demokratie. Wenn politische Alternativen verschwinden und Regierungsbildungen nur durch fragwürdige Zweckbündnisse möglich sind, führt dies zu politischer Frustration und einer Stärkung der radikalen Opposition. So entsteht ein Teufelskreis, in dem die Demokratie zunehmend an Legitimität verliert – eine Entwicklung, die es zu verhindern gilt.

Nach dem Scheitern der Dreiergespräche vor Weihnachten 2024 und den scheinbar besser verlaufenden Gesprächen zwischen Freiheitlichen und Konservativen ist es überraschend, dass auch diese letztlich geplatzt sind. Am 12. Februar gab FPÖ-Chef *Kickl* schließlich den Auftrag zur Regierungsbildung zurück. Das Scheitern hatte sich bereits abgezeichnet, da die FPÖ nicht bereit war, von einigen ihrer radikalen Forderungen abzurücken.

Ironischerweise war es gerade der Sieg der Freiheitlichen Partei, der eine Regierungsbeteiligung unwahrscheinlicher machte. Hätte die Freiheitliche Partei weniger gut abgeschnitten, hätte sie sich mit einer untergeordneten Rolle in einer konservativ geführten Regierung begnügen müssen, wie in den Jahren 2000 und 2017. So hat sich auch für den rechten Flügel der ÖVP gezeigt, dass der FPÖ-Vorsitzende eine Gefahr für die Demokratie darstellt und nicht vertrauenswürdig ist. Dennoch geht Österreich unsicheren Zeiten entgegen: Aus den verschiedenen Optionen – Neuwahlen, konservative Minderheitsregierung oder Expertenregierung – ging eine Art österreichische Ampelregierung aus Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen hervor. Diese hatte sogar einen unerwartet guten politischen Start. Dennoch ändert dies nichts am grundsätzlichen Dilemma, dass eine Partei, die das bestehende demokratische System grundlegend verändern will, mehr als ein Viertel der Wähler erreichen kann. Diese Möglichkeit besteht prinzipiell auch in Deutschland und damit ähneln sich die Probleme und möglichen Konsequenzen in einer Zeit, in der Europa wie nie zuvor von radikalen Kräften jenseits des Atlantiks herausgefordert wird.